

Einleitung

Eberhard Martin Pausch

Diese Publikation ist mehr als eine Sammlung von Dokumenten oder als ein Arbeits- und Projektbericht. Sie ist aber auch keine in sich geschlossene, kohärente Monographie mit einem Anhang von Materialien. Der Gattung nach kann man vielleicht am ehesten von einer Kombination von Impulsaufsätzen und beigefügten Dokumenten sprechen. Die Texte haben ihren »Sitz im Leben« in einem dreijährigen Arbeitsprozess, zu dem dreizehn öffentliche Einzelveranstaltungen und eine Reihe von nicht-öffentlichen Begleitveranstaltungen der Evangelischen Akademie Frankfurt in den Jahren 2018 bis 2020 gehörten. Alle Texte umkreisen ein gemeinsames Thema: Sie thematisieren, wie es möglich ist, etwas zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden für den Kontinent Afrika beizutragen – nicht aus der Position der bundesdeutschen Politik heraus, sondern aus der Sicht der evangelischen Kirche als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und damit auch als Gesprächspartnerin der Politik.¹ Unsere Sichtweise ist nicht die Perspektive Afrikas, aber eine Perspektive, die sich bemüht, auf afrikanische Stimmen zu hören – und die Botschaft von Personen wie **Ngugi wa Thiong'o**, **Felwine Sarr** und **Boniface Mabanza** ernst zu nehmen.

Die Evangelische Akademie Frankfurt geht dabei von drei basalen Thesen aus:

1 Eine klassische Formel dafür lautet: Die evangelische Kirche will nicht selbst Politik machen, sondern dazu beitragen, dass (gute) Politik möglich wird.

1. Der Kontinent Afrika braucht einen gerechten und nachhaltigen Frieden.
2. Ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika ist möglich.
3. Die evangelische Kirche in Deutschland kann und sollte dazu beitragen, dass ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika möglich wird.

Auf der Grundlage dieser drei Thesen bereitete der Arbeitskreis »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt seit 2017 die dreizehn öffentlichen Akademieveranstaltungen vor, die zuständige Studienleitung führte sie durch und der Arbeitskreis wertete die Tagungen aus. Im Zusammenhang der Tagungen entstanden einige der vorliegenden Texte; andere wurden dort ausführlich beraten und diskutiert. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Beiträge:

- Der Aufsatz »Friede für Afrika – ein Projekt der Aufklärung« stellt eine grundsätzliche friedensethische und friedenspolitische Reflexion des Studienleiters für Religion und Politik der Evangelischen Akademie Frankfurt, **Dr. Eberhard Martin Pausch**, dar. Er entdeckt Zeichen der Hoffnung in den materiellen und ideellen Ressourcen des Kontinents Afrika, aber auch in Mut machenden Beispielen für erfolgreiches Handeln und gelingende Dialoge. Er plädiert für eine »Aufklärung 2.0« mit Lernprozessen auf Augenhöhe, zu denen die evangelische Kirche beitragen kann und soll.
- Zwei **synodale Stellungnahmen zur Friedensthematik** aus dem Jahr 2019 sind im Wortlaut wiedergegeben. Sie spiegeln den gegenwärtigen Stand der friedensethischen Überlegungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und – exemplarisch – der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Diese Überlegungen basieren auf der im Jahr 2007 vom Rat der EKD vorgelegten Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« und erheben den Anspruch, die Grundgedanken dieser Denkschrift im Licht neuerer Herausforderungen und Erkenntnisse in Richtung Zukunft weiterzuentwickeln. Das schließt ein, dass beide Synodalbeschlüsse am Leitbegriff des

gerechten Friedens festhalten und den Primat der Prävention vor Interventionen und des Zivilen vor dem Militärischen betonen. Diese Grundentscheidungen werden durch zahlreiche friedenspolitische Handlungsvorschläge konkretisiert.

- Eine kritische Replik auf die Kundgebung der EKD hat **Prof. Dr. Johannes Fischer** zunächst online auf der Homepage des evangelischen Magazins »Zeitzeichen« (später dann auch im gleichnamigen Monatsmagazin) veröffentlicht. Als Mitglied des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt hat er der Wiederveröffentlichung seines Beitrags in diesem Band zugestimmt. Prof. Fischer hinterfragt die seines Erachtens radikalpazifistische und realitätsferne Tendenz der EKD-Kundgebung. Christliches Handeln, ob im Kontext der Diakonie oder im politischen Engagement für den irdischen Frieden, zielt nicht einfach darauf ab, die Zustände in der Welt zum Guten zu verändern, sondern stets darauf, Gottes Geist in die Welt zu tragen. Dieser Geist könne sich auch in einem Handeln bezeugen, das als *ultima ratio* zum Mittel der Gewalt greifen müsse, nämlich dann, wenn es im Wissen um die eigene Angewiesenheit auf Gottes Vergebung und Barmherzigkeit geschehe.
- Oberkirchenrätin **Dr. Dorothee Godel (EKD)** geht in ihren Ausführungen auf den Friedensbegriff selbst ein, den sie im Ausgang von Überlegungen des Friedensforschers Johan Galtung in Abgrenzung zum Gewaltbegriff profiliert. Von dort aus stellt sie Grundgedanken der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 und der EKD-Kundgebung von 2019 dar. Vor diesem Hintergrund reagiert sie sodann auf Prof. Fischers Kritik an der Kundgebung und widerspricht ihm: Die Kundgebung bleibt ihres Erachtens sehr genau in der Spur der im Jahr 2007 vorgelegten Denkschrift, indem sie die Lehre vom gerechten Frieden aufnimmt und moderat – aber gerade nicht radikalpazifistisch – weiterentwickelt. Dies zeigt sich nach Meinung der Verfasserin beispielsweise darin, dass die Kundgebung die Bundesregierung nicht direkt auffordert, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, sondern lediglich »konkrete Schritte« auf dem Weg zu diesem Ziel einzuleiten.

- **Horst Scheffler**, Leitender Militärdekan a.D. und ehemaliger Vorsitzender der »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden« (AGDF) von 2007 bis 2017, stellte bereits 2001 auf einer Tagung des Evangelischen Akademie Arnoldshain die Frage², ob eine Internationale Polizei nicht eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung sei. Nun nimmt er das Konzept des »Just Policing« auf, das ebenfalls um die Jahrtausendwende in einem Dialog zwischen Mennoniten und Vertretern der Römisch-Katholischen Kirche entwickelt und in die friedensethische Debatte eingebracht wurde, und plädiert vor diesem Hintergrund für eine Transformation von nationalen Streitkräften in internationale bzw. transnationale Deeskalationsstreitkräfte. Deren Aufgaben sollten sich eher am Polizeirecht als am Kriegsvölkerrecht orientieren. Dies würde seiner Meinung nach zu einer Eindämmung der Gewalt führen. Angesichts der kritischen Wahrnehmung der Präsenz ausländischen Militärs in vielen Ländern Afrikas könnte eine solche Transformation ein Schritt in die richtige Richtung sein.
- **Prof. Dr. Michael Brzoska**, Senior Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH), fasst in seinem Aufsatz, der den Zusammenhang von Klimakrise und kriegesischen Konflikten (mit besonderem Blick auf den Kontinent Afrika) analysiert, die Ergebnisse der zentralen Studie des Friedensgutachtens 2020³ prägnant zusammen. Ihm ist wichtig zu betonen, dass der von ihm verfasste Text auf der Arbeit einer Reihe von Autor*innen beruht, die das folgende Ergebnis als abgesichert erscheinen lassen: Es sei demnach zweifellos wichtig, den Klimawandel in Afrika

2 Düringer, Hermann/Scheffler, Horst (Hg.): Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung, Arnoldshainer Texte, Bd. 118, Frankfurt 2002.

3 Das »Friedensgutachten« ist ein seit 1987 jährlich erscheinendes gemeinsames Gutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Fachgebieten untersuchen darin internationale Konflikte aus einer friedensstrategischen Perspektive und geben Empfehlungen für die Politik.

zu bekämpfen, da er die Lebensmöglichkeiten der Menschen teilweise erheblich beeinträchtigt. Aber es sei keineswegs als zwingend erwiesen, dass der Klimawandel als solcher zur Ausbreitung und Verstärkung gewaltsamer Konflikte führe. Hierfür sei vielmehr in der Regel eine Reihe von unterschiedlichen Ursachen verantwortlich. Im Gegenteil könne die Beteuerung, der Klimawandel führe zu Klimakriegen, zur weiteren »Versicherheitlichung« und Militarisierung der Politik führen, was gerade im Kontext afrikanischer Konflikte ausgesprochen problematisch wäre.

- Eine kritische Perspektive auf den Entwicklungsbegriff skizziert **Prof. Dr. Wolfgang Sachs** vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Sein zuerst in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« (8/2020) veröffentlichter Aufsatz darf mit seiner Erlaubnis und der des Verlages (www.blaetter.de) hier noch einmal abgedruckt werden. Wolfgang Sachs beschreibt den Entwicklungsbegriff als einen »Mythos«, der nicht geeignet sei, die Problemlagen gegenwärtiger Gesellschaften zu fassen. Die Debatte oszilliere vielmehr zwischen drei großen Nachfolge-Narrativen. Das Narrativ der »Festung« setze auf Nationalegoismus, Autoritarismus und Abschottung, das Narrativ des »Globalismus« plädiere für multilaterale Governance, grünes Wirtschaftswachstum und »nachhaltige Entwicklung« im Sinne der »Agenda 2030«. Das Narrativ der »Solidarität« schließlich votiere für eine postkapitalistische Ära, für ein Miteinander etwa im Sinne des afrikanischen Ubuntu-Prinzips und für kooperative und gemeinwohlorientierte Politik. Die drei Narrative stellten Alternativen dar, zwischen denen man sich entscheiden müsse.
- **Prinz Dr. Asfa-Wossen Asperate** plädiert zur Prävention und Einhegung gewaltsamer Konflikte in Afrika für die Entwicklung und Pflege von starker Toleranz, also einer Form von Toleranz, die – im Anschluss an ein bekanntes Wort von Johann Wolfgang von Goethe – sich in bloßer Duldung nicht erschöpft, sondern die das Ertragen und Austragen von bleibenden Differenzen einschließt. Seines Erachtens können die Weltreligionen hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten. In Afrika sind vor allem das Christentum und der Islam

vertreten. Diese beiden Religionen, zu denen sich mehr als 90 Prozent der Menschen in Afrika bekennen⁴, sind somit in besonderer Weise herausgefordert, wenn es gilt, die Tugend der Toleranz zu stiften und zu stärken.

- **Dr. Dirck Ackermann**, Leitender Militärdekan im Kirchenamt für die Bundeswehr, sieht die Religionen in Afrika aus eigenen Erfahrungen vor Ort als Teil des Problems, aber auch als Teil der Lösung an. Alle Religionen sind seiner Auffassung nach ambivalente Phänomene. Dennoch ist es wichtig, die friedensfördernden Möglichkeiten der Religionen und Kirchen zu sehen, denn: Inmitten eines Umfelds von Misstrauen und Missverständnissen schaffen sie Inseln des Vertrauens und des Abbaus von Vorurteilen; inmitten eines Meers von Gewalt und Unruhen schaffen sie Inseln des Friedens und der Versöhnung; und inmitten einer oft dysfunktionalen Staatlichkeit, die von Verantwortungslosigkeit, Korruption, Miss- und Vetternwirtschaft geprägt ist, übernehmen sie Verantwortung für die Lücken im System. Sie erheben dabei ihre Stimmen für Menschen, die kein oder zu wenig Gehör finden.

Die in diesem Band abgedruckten zehn Texte (zwei Synodenbeschlüsse und acht Impulsvorträge oder Aufsätze einzelner Autor*innen) spiegeln ein angemessen weites Meinungsspektrum innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland wider. Sie stellen aber kein konsensuales Resultat der Beratungen in der Evangelischen Akademie Frankfurt oder ihres Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« dar. Daher wird in dieser Publikation auch keine gemeinsame *Conclusio* vorgelegt. Die Texte enthalten aber erfahrungsgesättigte friedenspolitische Anregungen, die es verdienen, beachtet, gehört und geprüft zu werden. Ein gerechter und nachhaltiger Friede für die Welt, aber auch besonders für unseren Nachbarkontinent Afrika ist allen Autor*innen ein großes und vorrangiges Anliegen. Die »Sustainable Development Goals« (SDG's) der

4 Im Jahr 2010 bekannten sich fast 95 Prozent aller Afrikanerinnen und Afrikaner entweder zum Christentum oder zum Islam. Vgl. *Asfa-Wossen Assefate*: Afrika. Die 101 wichtigsten Fragen und Antworten, München 2010, S. 81-86.

Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 sind dabei als Horizont für friedenspolitisches Handeln durchaus hilfreich, aber sie dürfen auch nicht unkritisch gesehen werden.

Nur am Rande ist in den vorliegenden Texten von der Herausforderung durch die Covid-19-Pandemie die Rede. Das hat erstens den Grund, dass einige dieser Texte vor dem Ausbruch der Pandemie verfasst wurden. Es hat zweitens den Grund, dass die Texte großenteils einen grundsätzlichen friedensethischen Geltungsanspruch haben und deshalb nicht auf die spezielle Situation eingehen, die mit der Pandemie verbunden ist – die übrigens, soweit derzeit zu erkennen ist, keine wesentlichen friedenspolitischen Auswirkungen hat. Schließlich zeichnet sich aber auch ab, dass »Corona« sich – anders als erwartet – bisher für den Kontinent Afrika nicht als gravierendes Problem darstellt, jedenfalls im Vergleich mit anderen Erdteilen.⁵ Möge dies so bleiben – es gibt ja in anderen Hinsichten noch genügend Aufgaben und Handlungsbedarf für die Afrikanerinnen und Afrikaner und für diejenigen, die mit ihnen verbunden sind.

Die vorliegende Publikation ist dem ehemaligen Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Prof. Martin Stöhr (1932-2019) gewidmet. Er war ein Freund Afrikas, und sein Denken und Handeln galt einem gerechten und nachhaltigen globalen Frieden.

5 Vgl. Winand von Petershoff: »Die Dritte überholt die Erste Welt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Nr. 231 vom 5.10.2020, S. 19. Der Autor skizziert anhand der Beispiele von Nigeria und Ghana, woran das liegen könnte: Vorsichtsmaßnahmen (Tragen von Masken) würden eingehalten, die Bevölkerung sei überwiegend jung, die Mobilität sei nicht so groß wie in Industriestaaten, technologische Innovationen wie »Pool-Tests« würden eingesetzt, Drohnen würden benutzt, um zeitnah von entlegenen Gebieten aus Proben ins Labor zu bringen. Interessant scheint mir besonders auch folgender Hinweis: »Und schließlich könnte auch Mitmenschlichkeit ein Faktor sein« (ebd.).

